

# Asyl auf Zeit ist ein Placebo

Österreich habe 2015 Großes geleistet, sagt Michael Landau – und fordert Selbstbewusstsein statt eines Wettbewerbs der Grauslichkeiten.

JOSEF BRUCKMOSE

SN-Gespräch mit Caritas-Präsident Michael Landau über falsche politische Signale und wie Integration trotzdem gelingen kann.

**SN: Die Bundesregierung ist jetzt in der Asylpolitik aktiv geworden. Wie ist ihre Bilanz?**

Landau: Ich glaube, dass die Bundesregierung mit ihren Beschlüssen über das Ziel hinausgeschossen ist. Wenn die Innenministerin von einer Schubumkehr der Vernunft spricht, dann sehe ich die nicht. Ich habe vielmehr Sorge, dass die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in einen Wettbewerb der Grauslichkeiten einsteigen. Nicht nur, aber eben auch Österreich.

Klar ist, dass Schweden, Deutschland und Österreich 2015 Beachtliches geleistet haben. Wenige Länder können aber nicht auf Dauer die Aufgaben für ganz Europa übernehmen. Es braucht also eine europäische Lösung. Was momentan passiert, ist nationalstaatliche Kräfte-meierei auf dem Rücken schutz-suchender Menschen.

**SN: Die europäische Lösung steht in den Sternen. Musste Österreich nicht handeln?**

Ich habe Verständnis dafür, dass es um eine fordernde Situation geht, aber ich warne davor, leichtfertig falsche Antworten zu geben. Für mich sind Asyl auf Zeit, Obergrenzen oder die Errichtung von Blendszonen innerhalb der Europäischen Union falsche Antworten, die uns nicht weiterführen. Heinz Fassmann, der Vorsitzende des Beirats im Integrationsministerium, hat die Asylbegrenze als Sackgasse bezeichnet. Das sehe ich genauso. Hier werden Flüchtlinge als Faustpfand genommen, weil Europa sich nicht auf eine gemeinsame Vorgangsweise verständigen kann.

Österreich und andere Länder Europas sind derzeit auf Biegen und Brechen bemüht, Menschen auf der Flucht ein hässliches Gesicht zu zeigen. Aber je mehr wir uns darum bemühen, hässlicher zu werden, umso mehr müssen wir uns fragen, ob wir uns dann selbst noch in den Spiegel schauen können.

**SN: Es war aber offenbar ein Problem, dass Österreich sehr attraktiv für Flüchtlinge ist.** Eine aktuelle Studie der OECD zeigt ganz klar, dass die Attraktivität eines Landes für Flüchtlinge nicht am Sozialstatus liegt. Es liegt vielmehr an anderen Fragen: Wo gibt es faire Verfahren, wo gibt es einen familiären Anschluss und wo leben schon

Menschen aus meiner Heimat? Außerdem ist es eine Frage der Geografie. Wenn pakistanische Flüchtlinge nach Großbritannien wollen, dann nicht, weil dort das Sozialsystem attraktiv ist, sondern weil sie Anschluss finden an Landsleute, die schon in Großbritannien leben.

Daher wird auch jedes europäische Quotensystem nur funktionieren, wenn es vergleichbare Verfahrens- und Entscheidungsstandards gibt. Sonst werden Menschen in jene Länder gehen, von denen sie hoffen, dass ihre Asylgründe besser verstanden und anerkannt werden.

**SN: Sie sagen, Österreich habe jetzt die falschen Antworten gegeben. Was ist bei Asyl auf drei Jahre falsch? Das gab es schon als Kann-Bestimmung.**

Asyl auf drei Jahre ist ein Placebo mit negativen Nebenwirkungen. Heute schon besteht die Möglichkeit, Asyl abzuerkennen, wenn die Gründe weggefallen sind. Es braucht dafür also keine neuen rechtlichen Rahmenbedingungen.

**„Den Einsatz stärken, nicht diffamieren.“**

Michael Landau, Caritas-Präsident

PHOTO: G. B. / PHOTOCORBIS

Aber ich warne davor, dass dieses Asyl auf Zeit massive negative Auswirkungen auf die Integration haben wird. Und Integration ist eine der großen Aufgaben, die anstehen. Wer soll jemanden beschäftigen. Wer soll in die Ausbildung eines Mitarbeiters investieren, wenn er nicht weiß, ob derjenige nicht nach drei Jahren vielleicht wieder weg ist? Wer soll sich nach Kräften bemühen, hier anzukommen und die Sprache und die Kultur zu erlernen, wenn er oder sie drei Jahre lang das Damoklesschwert der zweiten Entscheidung über sich hängen hat?

Asyl auf Zeit ist aber nicht nur ein massives Integrationshindernis. Auch die Behörde ist schon heute an und über der Belastungsgrenze. Sie zu zwingen, jedes Verfahren noch einmal in die Hand zu nehmen und erneut zu prüfen, ist ein enormer Bürokratieaufschlag ohne vernünftig zu erwartenden Nutzen.

**SN: Das Bemühen um Integration ist derzeit zugedeckt von der Abschottungspolitik. Wie kann Integration wieder das zentrale Thema werden?**

Wir müssen alles übernehmen, damit aus der Integrationskrise von heute nicht die Quartierskrise von

morgen wird. Es geht um Sprachkurse von Anfang an, um rasche Anerkennung der erworbenen Qualifikationen, um die Möglichkeit, sich selbst einzubringen und durch Arbeit einen Beitrag zu leisten. Wir müssen die Chance sehen, dass viele Menschen mit Qualifikationen kommen und mit der Bereitschaft, sich nach Kräften in unserem Land einzubringen.

**SN: Sie kommen aber auch mit einer erheblich anderen Kultur. Viele fragen, wie das zusammengehen soll.**

Ich denke unter anderem an Caritas-Projekte in Niederösterreich, die Menschen miteinander ins Gespräch gebracht haben, ich denke an das Projekt Sport und Integration in der Steiermark, ich denke an Lerncafés, wo Kinder miteinander lernen, ich sehe die vielen Freiwilligen, die engagiert sind in Sprachkursen oder Kulturangeboten.

Das alles muss gefördert und gestärkt werden. Daher bereitet es mir Sorge, dass unter dem Stichwort „Schuld ist die Willkommenskultur“ genau jene Menschen, die sich für andere einsetzen, diffamiert werden. Die Menschen fliehen nicht, weil man sie einlädt, sondern weil ihre Häuser bombardiert werden und man sie zu Hause tötet.

**SN: Die berühmte Einladung von Angela Merkel hat den Prozess nicht beschleunigt?**

Dazu habe ich die Innenministerin im Ohr, die gesagt hat, sie habe schon sehr lang vorher auf diese Situation hingewiesen. Aus meiner Sicht haben Deutschland und Österreich in einer humanitären Notlage im Vorjahr richtig reagiert. Jetzt müssen wir nachdenken, wie wir europaweit wieder zu einem rechtskonformen Vorgehen kommen. Ich habe Verständnis dafür, wenn Länder sagen, wir müssen aus einer ungeordneten Situation wieder in eine geordnete kommen. Es gibt aber keine einfachen Antworten.

Für mich sind zwei Dinge klar: Wenn in Europa Zäune errichtet werden, ist das zuallererst. Ausdrück von Politikversagen. Und es ist falsch, Menschen in politische Geiselschaft zu nehmen, weil europäische Staaten versagen.

**SN: Die Idee des Außenministers, wir machen dicht, bis der Leidensdruck in anderen EU-Staaten steigt, ist keine gute?**

Ich halte es nicht für richtig, Menschen in Geiselschaft zu nehmen, um andere Länder zu erpressen. Ich war jetzt in Bulgarien und warne vor Elendsituationen in Flücht-



„Europa jetzt sein hässliches Gesicht“, sagt Landau. BILD: SN/AFSCHAER

lingslagern – mit Bildern, die wir sonst nur aus Jordanien, dem Nord- oder dem Libanon kennen.

**SN: Wie groß ist denn die Kapazität der Helferinnen und Helfer in Österreich noch?**

Bei uns haben sich seit dem vergangenen Sommer 15.000 Freiwillige gemeldet. Das zeigt das hohe Potenzial an Solidarität und Nächstenliebe. Das ist eine Renaissance der Zivilgesellschaft, ohne die es im Vorjahr zu einem Zusammenbruch gekommen wäre wie in Ungarn.

Dieses Potenzial gibt es nach wie vor. Ich würde mir von den politisch Verantwortlichen wünschen, dass sie mit dieser kostbaren Ressource, mit dieser Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger behutsam umgehen. Wir werden mehr Menschen brauchen, die für sich selbst und für andere ganz praktisch Verantwortung übernehmen.

Wir haben im Vorjahr gezeigt, wir können Willkommenskultur. Jetzt ist es notwendig, dass wir auch eine tragfähige Ankunftsstruktur der Aufnahmen und des Miteinanders entwickeln. Auch dafür werden wir Bürgerinnen und Bürger brauchen, die bereit sind, andere zu begleiten, damit sie verstehen, wie Österreich funktioniert. Da geht es um das Vereinbaren, um Sport, um Kultur, um die vielen Initiativen, die unser Land ausmachen. Das alles gehört ermutigt und gefördert – und nicht diffamiert. Ich möchte dieses menschliche Gesicht Österreichs – von Frauen, Männern, Pensionistinnen, Jugendlichen –, das ich im Vorjahr an so vielen Orten gesehen habe, gestärkt wissen. Gemeinsams

können wir die großen Herausforderungen mit den Flüchtlingen, die schon da sind, bewältigen.

**SN: Muss der Zustrom jetzt geringer werden?**

Was Schweden, Deutschland und Österreich 2015 geleistet haben, können diese Länder nicht in gleicher Weise Jahr für Jahr fortsetzen, nicht zuletzt deshalb, weil Integration gelingen kann. Hier braucht es eine europäische Lösung.

Aber wer nur das Ende der Willkommenskultur einläutert, der läuft Gefahr, auch das Ende des zivilgesellschaftlichen Engagements insgesamt einzuläutern. Davor warne ich, weil wir diese Solidarität der Bürgerinnen und Bürger wie einen Bissen Brot brauchen werden.

**SN: Was tut 2016 not?**

Solange Krieg herrscht und mit Waffen viel Geld verdient wird, werden Menschen aus Syrien fliehen. Daher hoffe ich, dass es gelingt, Frieden zu schaffen und rasch wenigstens einen Waffenstillstand zu erzielen. Zentral ist zudem die Hilfe vor Ort, damit die Menschen nahe ihrer Heimat bleiben können.

Österreich selbst muss ganz entschieden bei der Integration ansetzen. Je rascher die Menschen integriert werden, umso mehr von den Chancen werden wir nutzen können. Dafür brauchen wir eine Integrationsmilliarde und mehr Selbstbewusstsein statt Verzagtsein.

Wir können miteinander erstaunlich viel, wenn wir das wollen und wenn wir uns trauen. Ganz viele Gemeinden von Vorarlberg bis ins Burgenland machen uns das vor.